

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Die vor euch liegende Ausgabe meiner „Wahlkreispost“ hält wieder einen bunten Strauß an Themen für euch bereit: Ob es nun ein Stellungnahmen von Malu Dreyer und Roger Lewentz zum Ausgang des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht sind, ein Bericht von einer Dialogveranstaltung der Landesregierung mit den Auszubildendenvetretungen in Rheinland-Pfalz ist, die ich als Arbeitsministerin sehr unterstütze, Infos zum neuen Pflegestärkungsgesetz II, zu dem ich erst kürzlich im Wahlkreis eine Informationsveranstaltung gemacht habe oder – um beim Wahlkreis zu bleiben – zu verschiedenen Fördermaßnahmen in meiner Heimatregion zwischen Westerwald und Siegerland. Bei dieser besonders abwechslungsreichen Lektüre wünsche ich euch viel Spaß!



Zu Beginn möchte ich allerdings zunächst einmal kurz auf eine ganz besondere Rede eingehen, die in der letzten Woche gehalten wurde: die Abschiedsrede unseres am 12. Februar aus dem Amt scheidenden Bundespräsidenten Joachim Gauck. Sie ist – treffend, wie ich finde – mit „Wie soll es aussehen, unser Land?“ überschrieben und aus ihr möchte ich euch zum Wochenstart einige Zeilen mitgeben, die mich besonders berührt und nachdenklich gemacht haben, und die ich inhaltlich nochmals unterstreichen möchte:

„Lassen Sie es mich so sagen: Die entscheidende Trennlinie in unserer Demokratie verläuft nicht zwischen Alteingesessenen und Neubürgern, auch nicht zwischen Christen, Muslimen, Juden oder Atheisten. Die entscheidende Trennlinie verläuft zwischen Demokraten und Nicht-Demokraten. Es zählt nicht die Herkunft, sondern die Haltung.“

In diesem Sinne: Eine gute Woche, wünsche ich euch!
Eure Sabine

KEIN FREIBRIEF FÜR VERFASSUNGSFEINDE

Dreyer und Lewentz zum Ausgang des NPD-Verbotsverfahrens

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Innenminister Roger Lewentz bewerten den Ausgang des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht keineswegs als Misserfolg, auch wenn es nicht zu dem angestrebten Verbot der NPD gekommen ist. „Das höchste deutsche Gericht hat 60 Jahre nach dem letzten Parteiverbotsverfahren allen Verfassungsfeinden klare Grenzen aufgezeigt“, stellten beide fest. An diesen Grenzen werden verfassungsfeindliche Bestrebungen von Parteien künftig zu messen sein.

Das Bundesverfassungsgericht habe keine Zweifel aufkommen lassen, dass es sich bei den Nationaldemokraten um eine menschenverachtende, fremdenfeindliche, antisemitische und antidemokratische Partei handele, betonte Lewentz.



„Diese Partei missbraucht die Demokratie und den ihr zustehenden verfassungsrechtlichen Schutz, um unsere Verfassung anzugreifen. Die Partei und ihre Anhängerschaft sollen sich daher nicht in Sicherheit wiegen: Das Urteil von Karlsruhe ist keineswegs ein Freibrief!“, so der Innenminister. „Ich sehe mich darin bestätigt, den Kampf gegen den Rechtsextremismus auf allen Ebenen konsequent fortzusetzen“, sagte Lewentz. Ein Zögern könne und werde es nicht geben.

Die rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden werden dabei auch künftig Schlüsselrollen einnehmen. „Verfassungsschutz und Polizei werden auch weiterhin entschieden und mit vereinten Kräften gegen den braunen Sumpf vorgehen“, unterstrich der Minister. Der Rechtsextremismus werde als Schwerpunkt vom Verfassungsschutz beobachtet und analysiert. Die Polizei bleibe bei ihrer Linie einer niedrigen Einsatzschwelle. „Auch in Zukunft werden wir alles Mögliche dafür tun, dass der Handlungsspielraum der Verfassungsfeinde soweit wie möglich eingeschränkt wird“, sagte Lewentz.

UNHCR ERHÄLT WILLY-BRANDT-PREIS

Sigmar Gabriel zeichnet UN-Flüchtlingshilfswerk aus

Der 5. Internationale Willy-Brandt-Preis der SPD wird an das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR verliehen. Filippo Grandi, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, wird den Preis persönlich entgegennehmen. Die Laudatio hält Sigmar Gabriel.

Mit dem Preis würdigt die SPD den humanitären Einsatz der UNHCR-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter bei der Rettung, dem Schutz und der Versorgung von Millionen von Flüchtlingen in oft lebensbedrohlichen Lagen. Im Namen der Menschlichkeit und der Solidarität leistet der UNHCR überlebenswichtige Hilfe.

Der diesjährige Sonderpreis für besonderen politischen Mut geht an die türkische Journalistengewerkschaft Türkiye Gazeteciler Sendikası (TGS). Die TGS setzt sich seit vielen Jahrzehnten aktiv für die Wahrung der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei ein. Die Laudatio hält der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Die Festveranstaltung findet am heutigen Montag, den 23. Januar 2017 – natürlich – im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt.



DIALOG MIT DEN AUSZUBILDENDEN

Dreyer würdigt Engagement der Auszubildendenvertretungen

„Der Austausch mit den Jugend- und Auszubildendenvertretungen ist mir sehr wichtig, denn die Ausbildung der zukünftigen Fachkräfte liegt der Landesregierung besonders am Herzen“, betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer beim 14. Jugend- und Auszubildendenvertretungsforum, an dem auch Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig teilnahm.

Knapp 200 junge Menschen beteiligten sich an der Dialogveranstaltung, die dieses Mal im Unternehmen SCHOTT AG in Mainz ausgerichtet wurde. „Unser Ziel ist es, bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig ein Interesse für technische und naturwissenschaftliche Themen zu wecken und verstärkt Mädchen und junge Frauen sowie junge Menschen mit Migrationshintergrund für die Felder der MINT-Berufe zu gewinnen“, erklärte Malu Dreyer. Dazu habe die Landesregierung gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften zahlreiche Maßnahmen ergriffen.



Von links nach rechts: Bildungsministerin Stefanie Hubig und Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Dialog mit den Auszubildenden-Vertretern – (c) Schott AG Mainz / Alexander Sell

„Rheinland-Pfalz ist ein wirtschaftlich starkes Land. Viele unserer Produkte sind auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig“, unterstrich die Ministerpräsidentin und verwies auf die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Im Koalitionsvertrag sei es gelungen, die hohe Bedeutung der beruflichen Bildung noch weiter zu stärken und zum Beispiel die Unterrichtsversorgung weiter zu verbessern.

Zur Fachkräftesicherung trage auch das Schulentwicklungsprojekt EQUL (Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur) bei, betonte Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig. „In diesem Projekt übertragen wir berufsbildenden Schulen mehr Eigenverantwortung. Sie haben damit die Möglichkeit, Personal eigenverantwortlich und dezentral einzustellen. Dabei werden Fachleute für den Berufsschulunterricht gewonnen, die über Gesellenbriefe, Meister- oder Technikerabschlüsse verfügen. So binden wir Praktikerinnen und Praktiker in den Schulalltag ein, die dann die Fachkräfte von morgen ausbilden“, sagte die Bildungsministerin.

Neben den vielen Chancen der „Arbeitswelt 4.0“ diskutierten die Jugend- und Auszubildendenvertretungen auch zukünftige Gestaltungsfragen von „Arbeit 4.0“. Dazu gehört der Schutz von Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten ebenso wie die ständig steigenden Anforderungen an Aus- und Weiterbildung. Auch Themen wie Übernahmeperspektiven nach der Ausbildung oder Möglichkeiten eines dualen Studiums standen auf der Tagesordnung.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer würdigte das Engagement der Jugend- und Auszubildendenvertretungen. „Sie sind neben den Betriebs- und Personalräten eine wichtige Stimme in einem Betrieb oder einer Behörde und damit unverzichtbare Impulsgeber für politisches Handeln.“

Besonders dankte die Ministerpräsidentin dem gastgebenden Unternehmen SCHOTT, das in verschiedenen technischen und naturwissenschaftlichen dualen Ausbildungsberufen und Studiengängen ausbildet. „Die Sicherung eines gut qualifizierten Nachwuchses hilft Unternehmen, im internationalen Wettbewerb zu bestehen und jungen Menschen, sich erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. SCHOTT leistet hier mit seinen gut ausgebildeten Fachkräften einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung“, betonte die Ministerpräsidentin.

INFOS ZUM NEUEN PFLEGESTÄRKUNGSGESETZ

Broschüre des Landes informiert über wichtige Neuerungen

Seit Jahresbeginn ist die größte Reform der Pflegeversicherung seit ihrem Bestehen in Kraft. „Damit werden viele Änderungen für Menschen wirksam, die einen Pflegebedarf haben und Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen oder beantragen wollen“, sagte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Die Broschüre „Das neue Pflegestärkungsgesetz“ bietet einen Überblick über die Neuerungen.

Die kostenfreie Broschüre, die vom Sozialministerium gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. herausgegeben wird, gibt Hinweise zu der Überleitung von Pflegestufen in Pflegegrade und zu den Leistungen und Voraussetzungen im Bereich der Pflegeversicherung. „Alle Pflegebedürftigen haben nun gleichberechtigten Zugang zur Pflegeversicherung – unabhängig davon, ob sie sogenannte körperlich bedingte oder psychisch/geistig bedingte Einschränkungen haben. Das bedeutet für viele Menschen, dass sie erhöhte Leistungen der Pflegekassen erhalten“, so Bätzing-Lichtenthäler.



Ulrike von der Lühe, Vorstand der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, betonte: „Eine Umstellung sorgt oft für Unklarheiten und neue Fragen. Unsere Broschüre schafft Klarheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher und gibt Antworten auf viele Fragen, die sich die Menschen mit Pflegebedarf stellen.“

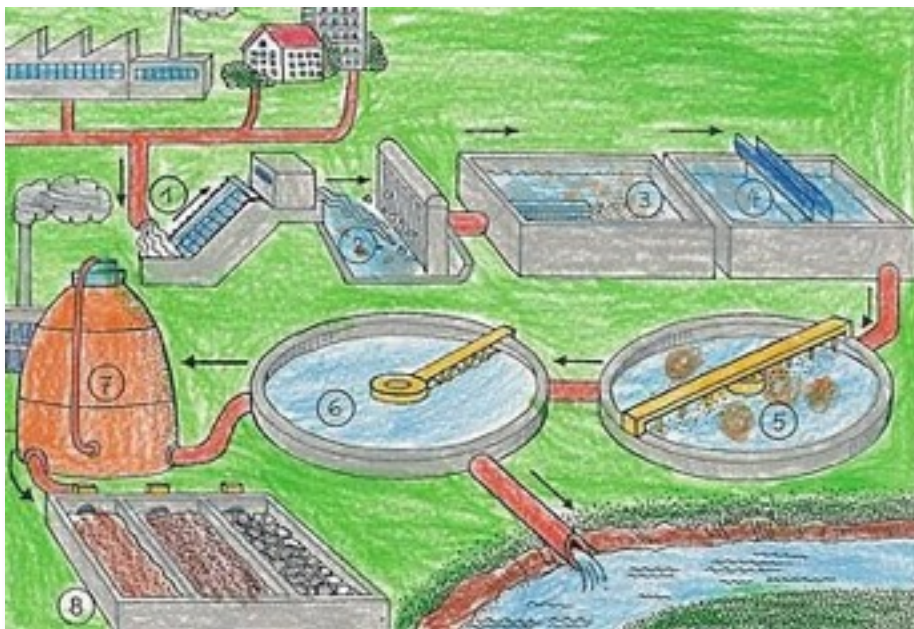
Die Broschüre kann im **Publikationsservice** der Internetseite des Sozialministeriums heruntergeladen oder kostenfrei bestellt werden. Sie ist auch in allen 135 Pflegestützpunkten in Rheinland-Pfalz erhältlich. „Die Pflegestützpunkte bieten ausführliche Informationen und eine kostenfreie Beratung, gerne auch zuhause“, hob die Sozialministerin hervor.

Eine Übersicht über die Pflegestützpunkte bietet die Internetseite www.pflegestuuetzpunkte.rlp.de

KLÄRANLAGE RENNEROD WIRD SANIERT

Umweltministerium RLP gewährt Zuwendung von 447.000 Euro

Die Renneroder Kläranlage soll technisch und energetisch optimiert werden. Die Anlage entsorgt die Abwässer der Stadt Rennerod mit ihren rund 5.000 Einwohnern. Ziel der Optimierung ist es, ihren Energieverbrauch durch eine bessere Anpassung der biologischen Anlagestufe zu senken. Das kostet die kommunalen Träger der Anlage viel. Das Land trägt nun seinen Teil zur Kostensenkung für die Verbandsgemeinde Rennerod bei.



Wie nun aus einer Anfrage der hiesigen Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenhäger beim rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten hervorging, gewährt das Land der Kommune für die Maßnahme eine Zuwendung bis zu einem Höchstbetrag von 447.000

Euro, von denen 298.000 Euro als Darlehen aus dem Zinszuschussprogramm und 149.000 Euro als direkte Zuweisung an die Verbandsgemeinde fließen. „Gerade die Sanierung unserer öffentlichen Gebäude im Hinblick auf Energieeinsparpotenziale sind langfristig von besonders großem Nutzen“, so die SPD-Politikerin. „Energie ist teurer. Das weiß jeder Mieter, Wohnungs- oder Hausbesitzer. Und wenn durch eine Sanierung der Kläranlage Rennerod Energie eingespart werden kann, dann senkt das auch die Kosten für die Verbraucher.“

Das Land tue hier sein Möglichstes, um zu einer Kostenreduzierung beizutragen, meint die Abgeordnete Bätzing-Lichtenhäger zuversichtlich und wünscht den „Rennerödern“ viel Erfolg bei der Maßnahme.

SIEGTERRASSEN: LAND SCHIESST GELD NACH

Innenministerium übernimmt 60 Prozent der förderfähigen Kosten

Die neu geschaffenen Siegterrassen am Betzdorfer Klosterhof tragen seit ihrer Eröffnung im vergangenen Jahr zu einer erheblichen Aufwertung des Stadtbildes bei. Ein beschaulicher Ort zum Verweilen wurde geschaffen und die Sieg – als einer der beiden Flüsse, die durch die Betzdorfer Innenstadt fließen – ein Stück weit mehr „erlebbar“ gemacht.

Wie die Landtagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler nun mitteilt, gewährt das Land nachträglich eine Förderung in Höhe von 31.000,00 Euro und übernimmt damit gut 60 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten von rund 51.539,00 Euro. Dies erfuhr die SPD-Politikerin durch eine Anfrage an das rheinland-pfälzische Innenministerium, das die Mittel als Nachbewilligung aus dem Investitionsstock 2016 gewährt.



„Die Siegterrassen werten das Stadtbild Betzdorfs erheblich auf. Als ich im vergangenen Jahr nach einer Wandertour ‚Sabine bewegt‘ durch meinen Wahlkreis auf dem Betzdorfer Barbarafest eingekehrt bin, durfte

ich mich bei der musikalischen ‚Einweihung‘ dort selbst davon überzeugen“, so die SPD-Politikerin. „Ich freue mich deshalb besonders, dass das Land die Baumaßnahme auch nachträglich fördert und hoffe, dass die Siegterrassen in den warmen Monaten auch in 2017 wieder mit Leben gefüllt werden können.“

(Foto: Pikse + Partner – Bildquelle: Rhein-Zeitung)